

NEPAL: STOCKENDER FRIEDENSPROZESS UND SCHWEIZER ENGAGEMENT

2006 wurde der Bürgerkrieg in Nepal durch ein Friedensabkommen beendet. Nach anfänglichen Fortschritten ist der Friedensprozess ins Stocken geraten. Die Transformation Nepals in einen demokratischen und föderalistischen Staat wird durch politische Machtkämpfe blockiert. Die Lähmung des Friedensprozesses überschattet auch das friedens- und entwicklungsfördernde Engagement der Schweiz in Nepal, das aufgrund seines integrierten Ansatzes Modellcharakter besitzt.



Tiefe politische Gräben in Nepal: Demonstranten fordern den Rücktritt von Premierminister Bhattarai. Kathmandu, 4. August 2012. REUTERS / Navesh Chitrakar

2006 unterzeichneten die maoistischen Aufständischen und die Regierung Nepals den *Comprehensive Peace Accord* (CPA), welcher einen 10-jährigen Bürgerkrieg beendete. Lokale und internationale Akteure hofften, der CPA würde einen soliden Rahmen für den Transformationsprozess Nepals von einer autokratischen Monarchie zu einer pluralistischen, demokratischen Republik bieten. Tatsächlich wurden in den letzten Jahren gewisse Fortschritte erzielt: Ein Wiederauflammen des Bürgerkriegs konnte verhindert werden, 2008 wurde die Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung (*Constituent Assembly*, CA) durchgeführt und auch die umstrittene Frage der Integration und Rehabilitation der ehemaligen maoistischen Rebellen konnte gelöst werden.

Inzwischen ist der Friedensprozess ins Stocken geraten. Innerhalb und ausserhalb

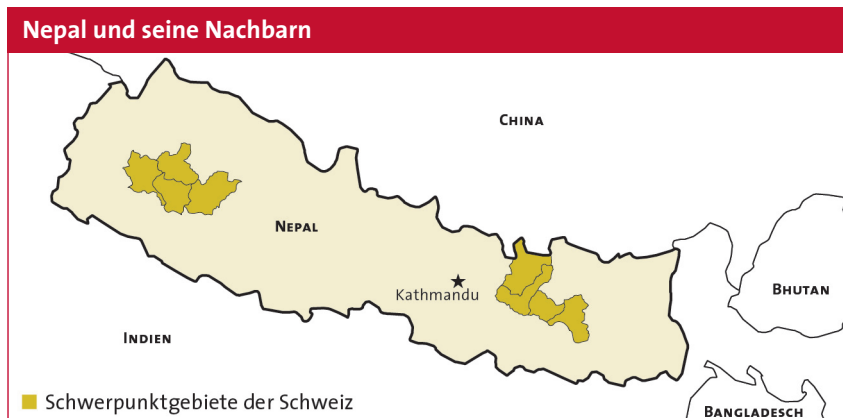
Nepals macht sich Ernüchterung breit. Der CA ist es trotz mehrfacher Verlängerung ihrer Amtszeit nicht gelungen, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Nach Ablauf der letzten Frist kündigte Premierminister Baburam Bhattarai Neuwahlen an. Diese könnten frühestens im Frühjahr 2013 stattfinden. Ihre Durchführung ist allerdings unsicher, da die Parteien tief zerstritten sind.

Die Blockade des Friedensprozesses tangiert auch das schweizerische Engagement. Nepal ist für die Schweiz sowohl im Bereich der zivilen Friedensförderung als auch der Entwicklungszusammenarbeit ein Schwerpunktland. Vor allem aber ist Nepal seit der ersten integrierten Strategie von 2005 ein Testfall für die Bestrebungen der Schweiz, ihre aussen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Ziele im Rahmen eines *Whole of Government*-Ansatzes zu verfolgen.

Fragiler Transformationsprozess

In welche Richtung wird sich Nepal weiterentwickeln? Wird es den Akteuren gelingen, die politische Blockade zu überwinden und beim Aufbau eines demokratischen, föderalistisch organisierten Staates einen Schritt vorwärts zu kommen und damit auch die Basis für eine wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen? Oder wird das Land an der Grösse der Herausforderungen und an der fehlenden Kompromissbereitschaft der politischen Verantwortungsträger scheitern, mit dem Risiko, von einem *fragile* zu einem *failed state* zu werden? Dies ist die Kernfrage, die sich sechs Jahre nach Ende des Bürgerkriegs stellt.

Nepal ist mit rund 26 Millionen Einwohnern und einer Fläche von ca. 147'181 Quadratkilometern für asiatische Verhältnisse ein kleines Land. Räumlich ist es in die Hochgebirgsregion (ca. 56%), das Mittelland (ca. 30%) und das Terai, den nepalesischen Teil der Ganges-Tiefebene (ca. 14%), gegliedert. Geostrategisch prägend ist die Lage zwischen den beiden grossen Nachbarstaaten China und Indien. Indien ist mit Nepal wirtschaftlich und politisch eng verflochten und übt einen zentralen Einfluss auf die dortigen Entwicklungen aus. Die indische Wahrnehmung Nepals wird dabei stark von Sicherheitsüberlegungen geprägt. Die Verbindungen der Maoisten in Nepal zu maoistischen Kreisen in Indien (*Naxalites*) rief in Neu-Delhi zeitweise starkes Misstrauen hervor. Die Beziehungen zwischen Nepal und China sind weniger intensiv. Für Peking steht neben wirtschaftlichen Beziehungen das Verhindern von pro-tibetischen Aktivitäten durch die tibetische Diaspora in Nepal im Vordergrund.



Nepal ist eines der ärmsten Länder Asiens, auch wenn in den letzten Jahren gewisse Fortschritte erzielt wurden. Das jährliche Bruttoinlandprodukt pro Kopf beträgt rund 525 US\$. Rund 57% der Bevölkerung müssen mit unter 2 US\$ pro Tag auskommen und etwa 25% leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze (1996: 42%; 2003: 31%). Dabei fällt dieser Anteil je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedlich aus. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 4%. Auf dem *Human Development Index* 2011 rangiert Nepal auf Rang 157 von 187 Staaten, einen Rang hinter Nigeria und einen vor Haiti.

Die Bevölkerung ist in zahlreiche Ethnien, Kasten, Religionen und Sprachen unterteilt. Es werden über 100 Sprachen gesprochen. Die Bevölkerung ist zu rund 80% hinduistisch, daneben gibt es buddhistische, muslimische, christliche und animistische Minoritäten. Grosse Bedeutung haben die ethnische Herkunft und die Kastenzugehörigkeit. Diese Faktoren stellen zentrale Zugangskriterien zu politischer Macht und wirtschaftlichen Möglichkeiten dar. Dominierenden Einfluss besitzt traditionell die sogenannte *caste hill Hindu elite* (CHHE), welche rund 31% der Bevölkerung ausmacht. Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Kaste, Geschlecht und Religion – z.B. gegenüber Dalits («Unberührbare»), indigenen Gruppen, den im Terai beheimateten Madhesis, Frauen und Muslimen – prägen Nepal bis heute.

Damit kommen in Nepal zwei strukturelle Faktoren zusammen, welche gemäss empirischen Untersuchungen das Bürgerkriegsrisiko merklich erhöhen: ausgeprägte Armut und ausgeprägte Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. 1996 kam es zum bewaffneten Aufstand maoistischer Rebellen gegen die autokratische, hinduistische Monarchie. Die Aufständischen forderten die Abschaffung

der Monarchie und ein Ende des feudalistischen Systems. Nach der Machtübernahme durch König Gyanendra 2001 verschärfte sich die Situation und die Gewalt nahm zu. 2005 entliess Gyanendra die Regierung, übernahm die Regierungsgewalt und rief den Ausnahmezustand aus. Dies legte den Grundstein zur Einigung zwischen den Maoisten und den wichtigsten Parlamentsparteien auf der Basis einer gemeinsamen Opposition gegen die Monarchie. Im Friedensabkommen vom November 2006 zwischen den Maoisten und der Sieben-Parteien-Allianz gelang es, den Bürgerkrieg zu beenden, der rund 16'000 Personen das Leben gekostet hatte. Zentrale Elemente des CPA waren die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Neuorganisation des Staates, der bessere Einbezug benachteiligter Gruppen, die Integration und Rehabilitation der maoistischen Rebellen, die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums, die Bearbeitung der strukturellen Konfliktursachen, der Schutz der Menschenrechte sowie eine soziale, wirtschaftliche und politische Transformation Nepals.

Zwischen 2006 und 2008 wurden beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung gemacht. Meilensteine waren die Integration der Maoisten in den politischen Prozess, der Erlass einer Übergangsverfassung sowie die Durchführung von Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung 2008. Die Wahlen wurden von der *United Nations Mission in Nepal* (UNMIN) begleitet, welche seit 2007 in Nepal präsent war, aufgrund indischer Vorbehalte allerdings nur über ein enges Mandat verfügte. Aus den Wahlen gingen – zur Überraschung der etablierten Parteien – die Maoisten als stärkste Kraft hervor. In der neugewählten CA, die 601 Sitze umfasste, waren über 20 Parteien vertreten. Die vier stärksten waren die *Communist Party of Nepal* (Maoists, CPN-M, 229 Sitze), die *Nepali Congress Party* (NC, 115 Sitze), die *Communist Party of Nepal* (Unified Marxist

Leninist, UML, 108 Sitze) sowie das *Madhesi People's Rights Forum* (54 Sitze). Im Mai 2008 schuf die CA die Monarchie ab, erklärte Nepal zur säkularen, demokratischen Republik und wählte den NC-Vertreter Ram Baran Yadav zum ersten Präsidenten. Ein Durchbruch gelang 2011/12 auch in der umstrittenen Frage der Integration der maoistischen Kämpfer in die Armee. Von den rund 19'600 Personen, die die UNMIN als maoistische Kombattanten verifiziert hatte, wurden schliesslich gut 1450 in die nepalesische Armee aufgenommen. Die anderen wurden rehabilitiert oder frühzeitig pensioniert. So konnte die problematische «Ein Land, zwei Armeen»-Situation aufgelöst werden.

Politische Blockade

Derzeit stockt die Umsetzung des Friedensabkommens. Da es der CA auch nach der vierten Fristverlängerung nicht gelungen war, eine neue Verfassung auszuarbeiten, lief ihr Mandat am 28. Mai 2012 aus. Eine erneute Verlängerung hatte das Oberste Gericht untersagt. Das Scheitern der CA bedeutet einen herben Rückschlag für den Friedensprozess. Zudem entstand ein legislatives Vakuum, da die CA auch parlamentarische Funktionen ausgeübt hatte. Die vom maoistischen Premierminister Bhattarai ursprünglich für November 2012 angekündigten Neuwahlen mussten bereits wieder verschoben werden. Als nächstmöglicher Termin werden April oder Mai 2013 genannt. Derzeit verhandeln die Parteien über eine Regierung der nationalen Einheit zur Vorbereitung der Wahlen. Ob der vorgesehene Wahltermin diesmal eingehalten werden kann, ist fraglich. Dies sorgt für anhaltende Unsicherheit. Beobachter befürchten zudem, dass die Neuwahlen zu erneuten Gewaltausbrüchen führen.

Die wichtigste Hürde für den Entwurf einer neuen Verfassung bildet die Frage des in der Interimsverfassung vorgesehenen föderalistischen Staatsaufbaus. Der Föderalismus soll eine Dezentralisierung der Macht und einen besseren Einbezug bisher marginalisierter Gruppen ermöglichen und zudem die Akzeptanz der ethnischen und kulturellen Diversität Nepals besiegeln. Doch der Föderalismus ist umstritten. Die Fronten verlaufen sowohl zwischen als auch innerhalb der verschiedenen Parteien.

Tendenziell befürworten die CPN-M, die Madhesi und ethnisch und regional geprägte Akteure föderalistische Ansätze, während die NC, die UML und bisher dominierende Ethnien und Kasten einen Einflussverlust gegenüber dem Status quo befürchten. Es

kursieren verschiedene Vorschläge. Umstritten sind u.a. Anzahl, Grösse, geografische Einteilung, Namen und Kompetenzen möglicher föderalistischer Einheiten. Beispielsweise fordern die Madhesi und indigene Gruppen Regionen, in denen sie gemeinsam den bisher dominierenden Bevölkerungsgruppen zahlenmässig überlegen sind. Die Madhesi verlangten gar einen einheitlichen Madhesstaat, welcher das gesamte Terai umfassen sollte. Inzwischen sind sie von dieser Maximalforderung abgerückt. NC und UML warnen, ein auf Ethnie und Identität basierender Föderalismus sei ein Spaltpilz für die nepalesische Gesellschaft. Die vorgeschlagenen Einheiten seien wirtschaftlich nicht überlebensfähig und gefährdeten die Integrität des Staates.

Zusätzliche Herausforderungen erschweren den Transformationsprozess. Grundproblem sind die Mängel bei der guten Regierungsführung. Korruption ist weit verbreitet. Die Menschenrechtslage ist weiterhin unbefriedigend, die Mission des *Office of the High Commissioner on Human Rights* (OHCHR) wurde Ende 2011 von der Regierung nicht verlängert. Die im CPA vorgesehenen Mechanismen zur rechtlichen Aufarbeitung der Bürgerkriegszeit (*transitional justice*) wurden nicht umgesetzt. Die Politik ist durch eine tiefe Zerstrittenheit zwischen und Grabenkämpfe innerhalb der Parteien gekennzeichnet. Demonstrationen und Streiks sind häufig. Die starke Fragmentierung der Parteienlandschaft führt zudem zu fehlender Stabilität, was sich in häufigen Regierungswechseln äussert. Seit 2006 waren fünf Premierminister im Amt.

Externe Beobachter machen in erster Linie die Führungspersönlichkeiten der Parteien für die Blockade des Friedensprozesses verantwortlich. Die fehlende inhaltliche Kompromissbereitschaft, die Priorisierung der eigenen Machtsicherung, der fehlende Einbezug von Parteibasis und Bevölkerung, die rhetorische Agitation – kurz, die politische *Brinkmanship* von allen Seiten trägt eine wesentliche Mitschuld an der gegenwärtigen Situation. Das kompromisslose Festhalten der politischen Verantwortungsträger an ihren jeweiligen Interessenmaximierungs-Strategien birgt beträchtliche Risiken für den weiteren Prozess. Neben der politischen Blockade sind vor allem ein zunehmender Legitimitätsverlust der Parteien und eine Erosion des Vertrauens der Bevölkerung in die Problemlösungskapazität der demokratischen Institutionen zu befürchten. Die wachsende Frustration zahlreicher Bevölkerungsgruppen gefähr-

det den Friedensprozess. Lackmustest für die künftige Entwicklung ist, ob es gelingt, die geplanten Neuwahlen geordnet durchzuführen und wieder eine funktionierende parlamentarische und verfassungsgebende Versammlung zu etablieren.

Die Rolle der Schweiz

Die Schweiz ist in Nepal stark engagiert. Dieses Engagement ist nicht einfach eines unter vielen, sondern geniesst einen speziellen Status. Erstens ist die Schweiz seit dem Beginn ihrer staatlichen Entwicklungshilfe in den frühen 1950er-Jahren in Nepal präsent. Dank dieser jahrzehntelangen Entwicklungskooperation verfügt sie über ein aussergewöhnliches Vertrauenskapital vor Ort. Zweitens ist Nepal sowohl für die zivile Friedensförderung als auch für die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz ein Schwerpunktland. Und drittens haben die schweizerischen Aktivitäten in Nepal insofern eine besondere Bedeutung, als es sich dabei für die Schweiz um einen Modellfall hinsichtlich der Implementierung eines *Whole of Government-Ansatzes* (WGA) handelt.

Beim WGA geht es darum, die verschiedenen Instrumente und Aktivitäten unterschiedlicher Verwaltungseinheiten auf nationaler Ebene auf gemeinsame Ziele auszurichten, in eine einheitliche Strategie einzubinden und besser aufeinander abzustimmen. Damit soll die Effektivität des nationalen Engagements gesteigert und der Ressourceneinsatz optimiert werden. In fragilen Kontexten steht dabei primär eine bessere Koordination der Sicherheits-, der Friedens- und der Entwicklungsagenda im Vordergrund, wie dies im ursprünglich von Kanada geprägten Slogan «3D» (*diplomacy, development, defence*) zum Ausdruck kommt.

Während Jahrzehnten war die Schweiz bzw. die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Nepal vor allem mit Aktivitäten im land- und forstwirtschaftlichen Bereich, mit Infrastrukturprojekten (z.B. Brücken- und Strassenbau) sowie in den Bereichen nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung und Berufsbildung präsent. Der Ausbruch des Bürgerkriegs 1996 stellte die Resultate einer jahrzehntelangen Tätigkeit infrage. Dies führte in der Schweiz ebenso wie bei den anderen internationalen Geberstaaten und -organisationen zu einer selbstkritischen und nicht immer einfachen Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen zwischen den eigenen Entwicklungsaktivitäten und dem gewaltsamen

Schlüsseldokumente

- Comprehensive Peace Accord 2006 [↗](#)
- Übergangsverfassung (Stand 2007) [↗](#)
- Swiss Cooperation Strategy for Nepal (2009–2012) [↗](#)
- Swiss Cooperation Strategy for Nepal (2005–2008) [↗](#)

Konflikt. Die unter Entwicklungsakteuren verbreitete Auffassung von Entwicklungszusammenarbeit als einem überwiegend technischen und apolitischen Prozess liess sich nicht mehr aufrechterhalten.

Die Schweiz entschloss sich, ihre Programme auch unter diesen schwierigen Umständen fortzusetzen. Sie passte sie aber ab 2002 verstärkt an den Konfliktkontext an und führte ein konfliktsensitives Programm-Management ein. Dabei ging es beispielsweise darum, wie ein unabsichtliches Schüren des Konflikts verhindert, die Unterstützung marginalisierter Gruppen sichergestellt und das eigene Personal geschützt werden konnte. Zudem stellte sich die Frage, wie eng man mit den nach 2005 national und international desavouierten staatlichen Institutionen zusammenarbeiten sollte.

Vor dem Hintergrund der Absicht des Bundesrates, sich stärker als zuvor in der zivilen Friedensförderung zu engagieren, sondierte die Schweiz auch in dieser Richtung. Ab Mai 2005 ergänzte ein *Senior Advisor for Peace Building in Nepal* (SAPN), der von der Politischen Abteilung IV des EDA (heute Abteilung Menschliche Sicherheit) entsandt worden war, das bereits existierende Kooperationsbüro der DEZA in Kathmandu. Das Vertrauen, das die Schweiz aufgrund ihrer langen Tätigkeit in Nepal genoss, und ihre Kontakte zu allen am Konflikt beteiligten Akteuren ermöglichten, dass dieser im Vorfeld des Friedensabkommens eine wichtige Rolle als Berater und Fazilitator übernahm. Die Schweiz war dabei nur einer neben zahlreichen anderen internationalen Akteuren wie Indien, Grossbritannien, den USA, der EU oder der UNO, die sich ebenfalls für eine Beendigung des Bürgerkriegs einsetzten.

Die Schweiz ist auch nach dem Abschluss des Friedensabkommens in Nepal präsent geblieben und hat ihre Aktivitäten sowohl im Friedensförderungs- als auch im Entwicklungsbereich ausgebaut. Hauptziel ist zum einen die Unterstützung des Friedensprozesses und des Aufbaus eines demokratischen und föderalistischen Staates, welcher die Rechtsstaatlichkeit achtet und die Menschenrechte und die Menschliche

Sicherheit gewährleistet. Zum anderen geht es um die Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung, die Reduktion der Armut sowie um die Unterstützung ausgewählter Millennium *Development Goals*. Geografisch ist die Schweiz landesweit tätig, wobei sie zwei Schwerpunktregionen definiert hat. Bei ihren Programmen arbeitet sie mit der nepalesischen Regierung sowie mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen zusammen.

Beispielsweise begleitet der derzeitige *Senior Advisor for Peacebuilding* den Friedensprozess im Rahmen der *Nepal Transition to Peace (NTTP) Initiative*, in deren Rahmen zusammen mit lokalen Fazilitatoren versucht wird, auch ausserhalb formeller Institutionen und Kanäle einen Dialog unter den verschiedenen Akteuren aufrechtzuerhalten. Die Schweiz stellte zudem eine Expertin für Verfassungsfragen und Föderalismus zur Verfügung und lud 2011 hochrangige Parteienvertreter zu Verhandlungen in die Schweiz ein. Weiter unterstützt sie die Arbeit von *Constitution Information Centers*, welche die Bevölkerung für Verfassungsfragen sensibilisieren sollen. Mittels Projekten in der beruflichen Ausbildung, im Infrastrukturbereich (Unterhalt und Ausbau von Strassen und Brücken) und bei der Ressourcennutzung (nachhaltige Bodenbewirtschaftung, Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte) soll zudem speziell für marginalisierte Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit geschaffen werden, sich eine Existenzgrundlage aufzubauen. In begrenztem Ausmass unterstützt die Schweiz Nepal auch humanitär. Zwischen 2007 und dem Missionsende 2011 waren zudem schweizerische Militärbeobachter in der UNMIN aktiv.

Für solche Aktivitäten wandte die Schweiz zwischen 2009 und 2012 rund 130 Mio. CHF auf, was durchschnittlich gut 32 Mio. CHF pro Jahr entspricht. Dieser jährliche Beitrag soll künftig vor dem Hintergrund der Aufstockung des Rahmenkredits für die Entwicklungszusammenarbeit und der angekündigten Priorisierung der Hilfe in fragilen Kontexten noch etwas ansteigen. Damit ist die Schweiz finanziell ein bedeutender Akteur und bewegt sich in den Top Ten der Geberstaaten, was die *Official Development Aid* (ODA) an Nepal betrifft. Dies stärkt ihr Gewicht sowohl im lokalen als auch im internationalen Kontext.

Bereits seit 2005 verfolgt die Schweiz in Nepal einen *Whole of Government*-Ansatz, der in den von verschiedenen Verwaltungseinheiten gemeinsam ausgearbei-

teten Kooperationsstrategien 2005–2008 sowie 2009–2012 zum Ausdruck kommt. Die hauptsächlich beteiligten Akteure sind seitens der DEZA die entsprechenden Abteilungen der Regionalen Zusammenarbeit sowie der Humanitären Hilfe und seitens der Politischen Direktion des Aussenministeriums die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) sowie die Abteilung Asien und Pazifik. In Nepal wurde 2009 das DEZA-Kooperationsbüro in eine integrierte Botschaft umgewandelt, wobei der schweizerische Botschafter gleichzeitig die Funktion des *Country Directors* der DEZA ausübt. Auch der *Senior Advisor for Peacebuilding* der AMS ist der Botschaft angegliedert. Deutlich wird anhand dieser Übersicht, dass in diesem Fall der *Whole of Government*- eigentlich einem «*Whole of EDA*»-Ansatz entspricht, da die militärische Friedensförderung – abgesehen vom befristeten Einsatz der schweizerischen Militärbeobachter im Rahmen der UNMIN – nicht in die Nepal-Strategie involviert ist.

Die Nepal-Kooperationsstrategien der Schweiz werden in einem aufwändigen Prozess gemeinsam von der Botschaft in Kathmandu und den involvierten Bundesstellen in Bern ausgearbeitet. Die Koordination liegt vor allem bei der Regionalen Abteilung der DEZA, die auch über die weitaus grössten finanziellen und personellen Ressourcen verfügt. Das Budget der DEZA-Abteilung Asien und Pazifik für Nepal betrug 2012 rund 30 Millionen CHF, jenes der AMS knapp 1,3 Millionen CHF. Diese Mittel entstammen nicht einer gemeinsamen Budgetlinie, sondern verschiedenen Rahmenkrediten. Die unterschiedliche Grössenordnung der verfügbaren finanziellen Ressourcen schlägt sich auch in der Ausrichtung und der Gestaltung der Programme nieder. So wurden im Rahmen der Strategie 2009–2012 der Löwenanteil von gut 60% der Mittel im Bereich sozio-ökonomische Entwicklung und Armutsreduktion und rund 30% im Bereich Friedensförderung und Staatsaufbau eingesetzt. Auch das Reporting ist überwie-

gend auf die Bedürfnisse der DEZA und auf quantitative Indikatoren ausgerichtet.

Die Erfahrungen, die die Schweiz im Rahmen ihrer Kooperationsstrategie für Nepal mit dem WGA gemacht hat, sind insgesamt positiv. Dies belegt auch eine kürzlich durchgeführte externe Evaluation des DEZA-Engagements in fragilen Kontexten, wo das integrierte Vorgehen in Nepal mehrfach gelobt wird. Ein Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass die Programme sich im Idealfall gegenseitig verstärken und dass ihre Gesamtwirkung dadurch zunimmt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Schweiz ihre Aktivitäten sowohl im politischen als auch im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich spezifisch auf die Unterstützung benachteiligter Gruppen ausrichtet. Durch das breitgefächerte und gleichzeitig aufeinander abgestimmte Engagement erhöht sich zudem die Glaubwürdigkeit der Schweiz.

Die Schweiz will sich weiterhin in Nepal engagieren. Die Kooperationsstrategie 2013–2017 wird demnächst verabschiedet. Der integrierte Ansatz wird beibehalten und vertieft. Absicht ist es, nicht nur ein gemeinsames Dokument vorzulegen, sondern auch effektiv gemeinsame Ziele zu formulieren. Angesichts der derzeitigen Lage in Nepal ist allerdings Realismus angebracht. Wie rasch die Transformation Nepals zu einem demokratischen, föderalistisch aufgebauten Staat mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entfaltungsmöglichkeiten für alle Gruppen voranschreitet, wird hauptsächlich von den weiteren Entwicklungen vor Ort abhängen. Mit ihrem fortgesetzten Engagement kann die Schweiz diese Transformation aber unterstützen – gerade in dieser heiklen Phase des Friedensprozesses.

Editor und Fachexperte: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen